

siven der Jahre 1993 und 1996 schon mit einer Gegenterrorstrategie gegen die Separatisten operiert. Ob eine zusätzliche, spezielle *Task Force* die bestehende Befehlsstruktur der zusammengelegten Armee, paramilitärischen und regulären Polizeieinheiten sinnvoll ergänzen kann, ist eher fraglich.

Die aufgrund des enormen militärischen Druckes seitens der Landes- und Zentralregierung zur Aufgabe gezwungenen ehemaligen ULFA-Kämpfer geraten unterdessen als S-ULFA-Kader selbst in die Defensive. Nachdem in der Bevölkerung publik wurde, daß Einheiten der S-ULFA mit Unterstützung der Sicherheitskräfte Familienangehörige von ULFA-Aktivistern ermorden, werden zunehmend Forderungen laut, die S-ULFA zu entwaffnen. Der Wille führender Politiker und Militärs, dieser Forderung auch tatsächlich nachzukommen, dürfte jedoch gering sein, da die S-ULFA im unerbittlich geführten Kampf gegen die Separatisten mit die wertvollste Stütze ist.

Bisher geht die aus den Landtagswahlen am 10. Mai 2001 siegreich hervorgegangene *Congress* Partei jedoch lediglich halbherzig gegen die ULFA vor. So wollte man auf internationaler Ebene mit den umliegenden Staaten, Bhutan, China,

Myanmar und Bangladesh zusammenarbeiten, um die Rückzugsgebiete und Trainingslager der ULFA in diesen Ländern auszuheben. Ernüchternd gestand der *Chief Minister* am 10. März ein, daß er keine Möglichkeit sehe, die dortigen Ausbildungslager der ULFA aufzulösen. Die Aussage des *Chief Minister* ist bezeichnend, war doch bekannt, daß im Vorfeld der Landesparlamentswahlen sowohl Politiker des *Congress* wie auch der größten Oppositionspartei im Lande, die AGP, versuchten, durch gegenseitige Schuldzuweisungen den Konflikt mit der ULFA politisch zu instrumentalisieren.

Entwicklungsprojekte für den Frieden

Unterdessen sieht sich die ULFA Attacken seitens der eigenen Anhängerschaft ausgesetzt. So verurteilte die Jugendorganisation der *Assam Jatiyatabadi Yuba Chhatra Parishad* (AJYCP) die Granatenangriffe und betont die Notwendigkeit des Dialogs mit der Landes- und Zentralregierung. Worauf man auf Seiten der indischen Administration die Hoffnung auf Frieden noch nicht aufgegeben hat. Das Töten unschuldiger Zivilpersonen und die

zielgerichteten Angriffe auf die für die wirtschaftlich rückständige Region wichtige Ölindustrie im Norden des Unionsstaates sollen die Bevölkerung gegen die ULFA mobilisieren. Da mehrfach Vorschläge zu Friedensverhandlungen und Waffenstillstandsvereinbarungen unterbreitet wurden und trotz der Abspaltung der S-ULFA keine nennenswerte Schwächung der ULFA registriert werden konnte, will man nun mit massiver finanzieller Unterstützung der BJP-geführten Zentralregierung den Zulauf arbeitsloser Jugendlichen zur Terrororganisation stoppen. Langfristige Entwicklungsprojekte sind geplant, um den Terroraktivitäten der ULFA den Nährboden zu entziehen. Offen bleibt jedoch, ob die Behörden im Stande sind, sowohl den „Volkszorn“ gegen die ULFA zu mobilisieren wie auch die nichtintegrierte assamesische Jugend wieder auf den rechten Pfad zu führen. Als die Separatistenorganisation 1997 einen populären Sozialarbeiter tötete, führte dies zwar zu lautstarken Protesten vieler älterer Bürger und assamesischer Intellektueller, konnte aber den Rückhalt, den die ULFA bei vielen Jugendlichen genoß, nicht schmälern. **D**

Nordostindische Stammesguerilla will eigenen Kuki-Staat

Hintergründe zur Entführung von Wolfgang Heinrich in Manipur

Thomas Schmitt

Während eine „Koalition der Willigen“ im Irak gegen einen skrupellosen Tyrannen zu Felde zog und die „westliche Allianz“ allerorten den „internationalen Terrorismus“ bekämpft, hatte in der abgelegenen Nordostregion Indiens eine kleine Rebellengruppe den deutschen Entwicklungshelfer Wolfgang Heinrich entführt. Im Gegensatz zu dem von der Weltöffentlichkeit zur Zeit sorgsam beobachteten

Krisenherd im Vorderen Orient, trat damit eine bislang vergleichsweise unbeachtete Region ins Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit. Mit der Entführung des deutschen Mitarbeiters des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) wollte die sogenannte „Kuki Befreiungsarmee“ ihre Kriegskasse für ihren Separationskampf gegen die indische Zentralregierung füllen und sich gegen Landrechtsansprüche

der verfeindeten Nagas rüsten. Die indische Zentral- wie auch die manipurische Landesregierung war machtlos. Immer wieder hatten in der zurückliegenden Zeit Stammesguerillas in Manipur hochrangige Politiker, Industriemagnaten und Mitglieder anderer Stammesgruppen entführt oder getötet.

Manipur ist neben sechs weiteren Gliedstaaten der Nordostregion ein indischer

Stammesstaat, der nach der politischen Reorganisation der Region im Jahre 1972 aus Assam ausgegliedert wurde. Er umfaßt lediglich 22.327 Quadratkilometer und wird von nur 2,4 Millionen Menschen bevölkert. Im Gegensatz zu den Talregionen sind die Berge von über 20 verschiedenen Stammes- und Stammesuntergruppen besiedelt, von denen die Nagas und die Kukis als die zahl- und einflußreichsten gelten. Seit Gründung des Unionsstaates ist Manipur von politischer Instabilität gezeichnet. Interessenskollisionen zwischen Zentral- und Landesregierung haben eine vielschichtige und komplexe politische Gemengelage entstehen lassen, bei der Fragen der territorialen Integrität, der Bedrohung durch Separatistenorganisationen sowie die ausufernde Korruption im Vordergrund stehen. Insgesamt sieben Mal hat die Zentralregierung den Unionsstaat via *President's Rule* einer Sondergesetzgebung unterworfen und sich in die Landespolitik eingemischt. Um Macht- und Einflußsphäre zu wahren, haben Landespolitiker daraufhin vielfach ihre Parteizugehörigkeit gewechselt, politische Unsicherheit bei der Wählerschaft erzeugt und durch Ämtergeschacher die Korruption gesellschaftsfähig gemacht. So betonen und beklagen nordostindische Tageszeitungen immer wieder, daß der Unionsstaat seit seiner Gründung aufgrund ständig wechselnder Parteienkoalitionen insgesamt acht Ministerpräsidenten verschlissen hat und eigentlich unregierbar ist.

Mit der Entführung von Wolfgang Heinrich, Referent der Arbeitsstelle für Frieden und Konfliktbearbeitung des EED, brachten die Separatisten der *Kuki Liberation Army* (KLA) die Landesregierung zusätzlich in Mißkredit und versuchten die politische Lage weiter zu destabilisieren. Bis in die frühen neunziger Jahre hatte sich das Agieren aufständisch-separatistischer Gruppen in Manipur ausschließlich auf die Talregionen und gegen die Zentralregierung in Delhi gerichtet. Als Naga-Guerillakämpfer aus dem benachbarten Unionsstaat jedoch begannen, ein „Groß-Nagalim“ zu fordern, das weite Teile Nord-Manipurs und des heutigen Myanmars sowie Teile Assams umfassen soll, rührte sich bei den Kukis Widerstand. Seither sehen sich die Kukis in ihrem ethnischen Selbstverständnis bedroht und

setzen der Forderung nach einem unabhängigen Groß-Nagaland die Forderung nach einem eigenen Kuki-Staat (*Zalengam*) entgegen.

Kriminalität, Armut und Separatismus

Im Gegensatz zur überwiegend hinduistischen Talbevölkerung überlagern die ethnisch motivierten Auseinandersetzungen des innertribalen Konflikts zwischen den beiden christlichen Bergvölkern jedoch die niederen ökonomischen Beweggründe, die hinter dem Konflikt stehen. Unter dem Deckmantel, einen unabhängigen Staat mit Waffengewalt erstreiten zu wollen, ist ein rein kriminell motivierter Kampf um die Vorherrschaft des unwegsamen Grenzgebiets zu Myanmar entbrannt. Wie die Entführung des EED-Mitarbeiters gezeigt hat, ist die Zentralregierung nicht in der Lage, das Berggebiet ausreichend zu kontrollieren: Die Aufständischen bewegen sich wie Fische im Wasser, erheben illegale Wegzölle, investieren diese Einnahmen in Waffenkäufe und halten so den Konflikt in Gang. In der Grenzstadt Moreh hat sich auf diese Weise ein wahres Schmugglereldorado etabliert, das als Dreh- und Angelpunkt für den Handel mit Rauschgift und teuren elektronischen Geräten fungiert.

Manipur ist trotz enormer finanzieller Anstrengungen seitens der indischen Zentralregierung einer der rückständigsten Unionsstaaten in Indien geblieben. Die Infrastruktur ist unterentwickelt und viele der Menschen leben in größter Armut. Sie sind auf die Hilfe ausländische Geldgeber angewiesen, die dann, wie der EED, die indischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) bei ihrer Arbeit unterstützen. Wenn der KLA-Sprecher Malsom Baiphei gegenüber einheimischen Journalisten behauptete, Heinrich sei nicht entführt worden, um Lösegeld zu erpressen, sondern um Informationen über die Verwendung von Hilfsgeldern zu bekommen, lenkte er vom Hauptmotiv der Entführung ab. Denn seine Terrorgruppe plagt mittlerweile ein ganz anderes Problem: Im Rücken der anhaltenden Kämpfe mit der Armee und paramilitärischen Einheiten hat sich herausgestellt, daß zunehmend auch andere Separatistengruppen ihre

Guerillaaktivitäten in die Bergregionen verlagert haben. Da diese Extremisten aber besser ausgebildet und ausgerüstet sind, sehen die KLA-Aktivisten ihre lukrative Einkommensquelle aus dem Schmuggelgeschäft schwinden. Mit der für indische Verhältnisse unverhältnismäßig hohen Lösegeldforderung von 200.000 Euro versucht man schlicht, die Ausfälle zu kompensieren. Durch die erstmalige Entführung eines Ausländers hat sich die KLA indessen komplett ins Abseits manövriert. Schon gehen sowohl die eigene Kuki-Bevölkerung als auch die Angehörigen der von den ausländischen Hilfsleistungen abhängigen indischen NRO auf die Straße und fordern die Freilassung des Gekidnappten.

Folgen für die Indische Union

Längst haben andere Bergvölker in Manipur, beispielsweise die *Paite*, die *Vaiphei* oder auch die *Hmars*, territoriale Ansprüche angemeldet, da sie sich durch die *Naga*- und *Kuki*-Partisanen in ihrer Existenz bedroht sehen. Doch die prekäre Situation betrifft nicht nur Manipur. Auch in den anderen nordostindischen Unionsstaaten treten immer wieder bewaffnete Guerillagruppen in Erscheinung, die Ressourcen-, Macht- und Interessenkonflikte auf dem Rücken der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen austragen. Sie alle fordern letztlich einen von Indien autonomen und ausschließlich von der eigenen Bevölkerungsgruppe bewohnten Staat. Was ein Nachbarland Demokrasie in dieser Frage für die „größte Demokratie der Erde“ zur Folge hat, steht außer Frage: Kontrollverlust der indischen Zentralmacht in anderen Gebieten des Landes und die Gefahr des Auseinanderbrechens der Indischen Union. **D**

Zum Autor: Thomas Schmitt ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit an der Universität Rostock und arbeitet an seiner Dissertation über Staatenbildung und Stammeskonflikte im Nordosten Indiens.